

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftsgasse 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2509-2507

Belgische Monopolpläne für Deutschland

Paris, 29. Mai. (G.) Der „Matin“ veröffentlicht heute die belgischen Reparationspläne, von denen er behauptet, sie seien Änderungen, die deutsche Schuld in eine Handelschuld umzuwandeln. Die Zahlungsmittel sollten in Deutschland selbst gefunden werden, ohne daß man internationale Anleihen aufzunehmen brauchte. Die Belgier glaubten, daß Deutschland jährlich wenigstens 2,4 Milliarden Goldmark aufbringen könnte. Bisher hätte Deutschland so gut wie kein Monopol. Das Alkoholmonopol besäße zwar, aber die alkoholischen Getränke seien höchstens mit einem Viertel der Steuern belastet, die in Frankreich bezahlt werden müßten. Der Zucker sei in Deutschland nur mit 0,8 Proz. besteuert, der französische dagegen mit 18 Proz. und der englische mit 13 Proz. Dasselbe gelte vom Tabak. Von den Eisenbahnen habe die deutsche Industrie selbst erklärt, daß diese bei Umwandlung in einen Privatbetrieb jährlich eine Goldmilliarde ergeben könnten. Der belgische Ministerpräsident Theunis glaube, daß man in Deutschland eine Reihe von Konzessionen für den Verkauf gewisser Produkte, für die Eisenbahngesetze sowie für die Staatsbetriebe bilden könnte. Die Monopole würden internationalen Gesellschaften übergeben werden, an denen die Alliierten einen beträchtlichen Anteil hätten. Die Erzeuger alkoholischer Getränke, die Zuckerfabrikanten, die Tabakhändler und die alliierten Eisenbahngesellschaften würden konsortialteilnehmer. Die Belgier glaubten, daß die Monopole und die Eisenbahnen nur 60 Jahre hindurch je 1,9 Goldmilliarden für Reparationen abwerfen könnten. Dazu kämen 500 Millionen für die Kohlen, im ganzen also 2,4 Milliarden jährlich, d. h. also die 6 Proz. Zinsen von den 40 Milliarden. Außerdem ist eine 25prozentige Teilnahme an den deutschen Industrieunternehmen vorgesehen. Das finanzielle Ergebnis hieron ließe sich im Augenblick noch nicht feststellen. Die Anleihen würden erst später begeben werden. Eine Bedingung für alle diese Pläne sei aber die Gesundung der deutschen Finanzen. Die Belgier erklärten, die Marktlage könne stabilisiert werden, wie es zwei Monate lang geschehen sei. Die Marktlage habe die Reichsbank keineswegs ruiniert, sondern im Gegenteil ihre Devisenvorräte um 50 Millionen Goldmark vermehrt, weil selbst ein provisorisch stabilisiertes Geld eine Anziehungskraft ausübe. Der ungeheure Bankrottenumlauf in Deutschland verhindere nicht die Gesundung der deutschen Finanzen. Auch das deutsche Budget könne in Ordnung gebracht werden. Im April, Mai und Juni 1922 habe es einen monatlichen Ueberschuß von 90 Goldmillionen aufgewiesen. Man könne auch nicht sagen, die Heranziehung der Monopole zu den Reparationen beraube das Deutsche Reich seiner Einnahmequellen. Die Belgier behaupteten, während der Zeit, da das Budget in Ordnung gebracht würde, würden die Monopole nur mit 20 Goldmillionen in den monatlichen Einnahmen erscheinen. Der Reichstag könnte die notwendigen Gesetze schaffen, auch ein Gesetz, wie es der Wiener Nationalrat beschloß, daß nämlich eine Aufhebung der geforderten Beschlüsse verboten würde. Das Ruhrgebiet müßte dem Reich Einnahmequellen schaffen. Die Besetzung würde sich auf eine Kontrolle der Lieferungen beschränken. Allerdings bliebe die Drohung bestehen, daß im Fall einer Verfehlung Deutschlands wiederum zur Besetzung geschritten würde. Die Besetzung würde unterdrückt (soll wohl heißen: aufgehoben, Red.) werden, und alle Einnahmen gingen dem Reich zu. Die Ruhrbesetzung stelle zwar einen wirksamen Druck dar, aber

Die Belgier glaubten nicht, daß man sich aus dem Ruhrgebiet bezahlt machen könne.
Das heißt, alle Gewinne, die das Ruhrgebiet abwerfe, dürften nicht der Reparationslast zuzurechnen, und das Ruhrgebiet allein dürfe nicht die Kosten tragen, die ganz Deutschland auf sich nehmen müßte.

Der „Matin“ fügt der Mitteilung der belgischen Pläne hinzu, daß diese Erwägungen der Besetzung nichts von ihrer Rührigkeit nähmen; sie sollte aufrechterhalten und sogar verstärkt werden, bis das von Theunis vorgeschlagene System durchgeführt wäre. Das Blatt behauptet auch, die belgischen Vorschläge entsprächen der französischen Note, die im Januar der Reparationskommission zugegangen sei, als die allgemeine Verfehlung Deutschlands festgestellt wurde.

Paris, 29. Mai. (G.) Das „Echo de Paris“ meldet: Der belgische Botschafter in Paris, Baron Gailhier d'Hertrou, begab sich gestern auf den Quai d'Orsay, um wegen des Zeitpunktes der nächsten belgisch-französischen Konferenz Rücksprache zu nehmen. Poincaré reist am Mittwoch nach dem Elsass ab und kehrt erst Sonntag abend wieder nach Paris zurück. Die Belgier behaupten aber, daß die französisch-belgische Konferenz sehr dringend sei, und sie würden zwei Tage für Besprechungen mit Poincaré freihalten. Wenn der französische Ministerpräsident sich nicht nach Brüssel begeben könnte, würden sie nach Paris kommen. Dennoch sei es wahrscheinlich, daß die Besprechungen in Brüssel am Mittwoch nächster Woche stattfinden werden.

Paris, 29. Mai. (W.B.) Die gestern von der französischen Presse verbreitete Nachricht, daß die belgisch-französische Ministerkonferenz bis zur zweiten Junihälfte aufgeschoben werden müsse, scheint in Brüssel einige Ueberraschung hervorgerufen zu haben. Die Pariser Morgenblätter sehen sich nun genötigt, nach Brüsseler Meldungen festzustellen, daß Ministerpräsident Theunis die Absicht habe, sich nächsten Montag oder Mittwoch zu Besprechungen mit Poincaré nach Paris zu begeben. Der belgische Botschafter habe in dieser Frage am Quai d'Orsay gesprochen.

Dr. Catterbeck, der stellvertretende Regierungspräsident von Düsseldorf, ist von den Franzosen verhaftet worden.

Ruhrbesetzung / Dienstpflichtverlängerung.

Brüssel, 29. Mai. (G.) Dem gestrigen Kabinettsrat unter Theunis' Vorsitz konnte Außenminister Jaspar nicht betwohnen. Landesverteidigungsminister Dewez teilte mit, er werde der Kammer eine Abänderung des Militärgesetzes vorschlagen, dergestalt, daß die bestehende Militärdienstpflicht um vier Monate verlängert würde, im ganzen also 14 Monate betrage. Die Gründe hierfür ergäben sich aus gewissen Verpflichtungen Belgiens auf Grund des Versailler Vertrages. Denn die Truppen, die ins besetzte Gebiet abgeordnet würden, müßten im Waffengebrauch vollkommen ausgebildet sein. Gewisse Ausnahmen hinsichtlich der Dauer der Dienstpflicht könnten gewährt werden.

Milnerand über das Ruhrproblem.

Paris, 29. Mai. (W.B.) Präsident Millerand hat gestern in Rülhhausen eine Rede gehalten und dabei erklärt: In dem Maße, wie wir die Bedingungen des Versailler Vertrages in Kraft setzen wollten, wurde es klar, daß man die Denkart des besetzten Volkes nicht genügend berücksichtigt hatte. Niemand von Ihnen hat Ueberraschung oder Unruhe empfunden, als unsere Truppen in Begleitung unserer leuen belgischen Freunde in das Ruhrgebiet einbrangen. Wenn der Versailler Vertrag dem Gläubiger das Recht gibt, den widerpensigen Schuldner zu pfänden, so sind wir damit nur den überlieferten Grundsätzen des Völkerrechts wie auch denjenigen des Privatrechts gefolgt. Da Frankreich von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat, kann es von taftblätigen und aufrichtigen Beurteilern keine Kritik erfahren. Hinter seiner Handlung verbirgt sich kein Hintergedanke. Frankreich will nur das, was ihm zusteht, und wird es erlangen. Frankreich hat ein Pfand erarissen, weil es nicht bezahlt war. Es wird dieses Pfand gegen Bezahlung freigeben, aber nicht vorher. Es ist lächerlich, wenn man unser Land wegen dieser so einfachen und gerechtfertigten Haltung militärischer und Erobererabsichten verdächtigen wollte. Zwei Willen sind ineinander verknüpft: derjenige Deutschlands, das seine Schuld nicht bezahlen will, und der Wille Frankreichs, das die eingegangenen Verpflichtungen gewahrt und den angerichteten Schäden wieder gutgemacht wissen will.

Lösung der polnischen Krise.

Warschau, 29. Mai. (W.B.) Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsident Witos; Amores Kiernit; Kucherski; Finanzen Grabst; Justiz Komodorski; Unterricht Glombinski; Landwirtschaft Goscia; Handel Kucharski; Eisenbahnen Karlinki; Post Rozogajski; öffentliche Arbeiten Popuzanski. Die Geschäfte des Kriegsministeriums, des Arbeitsministeriums und des Hygieneministeriums werden von General Osinski, von Darowski und von Wujaski geführt werden.

Unserem Bromberger Parteiblatt entnehmen wir, daß die ganze Kabinetskrise darum ausgebrochen ist, weil Sikorski einer landwirtschaftlichen Gesellschaft, deren Präsident Witos ist, die geschwindige Erlaubnis zur Ausfuhr von 20000 Schweinen nicht geben wollte.

Sozialistischer Wahlsieg. Erfolge im bremischen Landgebiet.

Bremen, 29. Mai. (Fig. Drahtbericht.) Am Sonntag, den 27. Mai, fand in 13 Gemeinden des bremischen Landes die Wahl zu den Gemeindeausschüssen statt, die zuletzt im April 1921 vor sich gegangen war. Außer in zwei rein agrarischen Gemeinden hatte die Sozialdemokratie in 11 Landgemeinden rein sozialistische Listen aufgestellt, denen das Bürgertum sogenannte neutrale Listen mit Propaganda-Arbeiterkandidaten entgegen gesetzt hatte. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen lebhafter und besser als bei den letzten Wahlen. Für die Sozialdemokratie brachte die Wahl das recht erfreuliche Ergebnis, daß in acht derjenigen Gemeinden, in denen sozialistische Wählerlisten aufgestellt waren, sozialistische Mehrheiten erzielt wurden. Auch in den übrigen Gemeinden, hat sich durchweg ein ganz beträchtlicher Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie ergeben, während die Bürgerlichen teilweise ansehnliche Verluste erlitten. Auf jeden Fall ist diese Wahl ein verheißungsvoller Ausfall zu der Bürgerchaftswahl in Bremen, die für den Herbst d. J. bevorsteht.

Protest gegen die Erschießung Schlageters. Die Reichsregierung hat in einer Note an die französische Regierung gegen die Erschießung des Kaufmanns Schlageter scharfsten Protest eingelegt.

Schwächere Börse.

Der Dollar, der in den Morgenstunden bis 62 500 umgekehrt wurde, schloß bis zum Beginn der Börse auf 59 500 bis 59 750 ab. Bei diesem Kursstand nahm das Geschäft zeitweise einen lebhafteren Charakter an. Besonders begehrt waren heute Dollarschahenweisungen, die per Juni mit 64 000 und per Juli mit 69 000 umgekehrt wurden. Die Effekten lagen im Freieckel leicht abgeschwächt. Einmal pflegt das Publikum sich zum Ultimo nicht allzu stark zu engagieren, zum anderen rechnet man damit, daß Spekulation an der morgigen Börse größere Realisationen vornehmen wird. Schiffahrtswerte, für die in der gestrigen Nachbörse sich bereits ein stärkeres Interesse kundgab, konnten auch heute durchweg ihre Kurse verbessern.

„Die ich rief, die Geister...“

Rom, Ende Mai.

Das alte Wort, daß ein Zweck nur erreicht werden kann durch Mittel, die von dem Wesen des Zweckes durchdrungen sind, erfüllt sich am Faschismus. Dieser macht heute eine schwere Krise durch, weil sich die Mittel seiner Verwirklichung gegen ihn kehren. Der Faschismus strebt eine Stärkung der Staatsgewalt und eine strenge Herrschaft des Gesetzes an, und ist selbst dadurch zur Macht gelangt, daß er Staat und Gesetz in den Staub trat. Aus diesem Widerspruch erwächst seine erste schwere Entwicklungskrise, die ihm vielleicht sogar ersparen wird, den immanenten Widerspruch seines Wesens überhaupt auszureifen, der darin besteht, eine aristokratische Massenpartei sein zu wollen. Der einzelne kann die einzelnen verachten, die er braucht; das hat keiner in großzügiger Weise verwirklicht als Stollti; eine Partei kann aber nicht die Masse verachten, auf die sie angewiesen ist.

Was aber heute dem Faschismus am Lebensmark saugt, das ist nicht der gleichsam tragische Konflikt seines Verhältnisses zur Masse, seine ideale Beherrschung der Nation und seine praktische Verachtung ihres Ausdrucks, des Volkes. Es ist vielmehr das komische Verhängnis, die Geister nicht los zu werden, die er gerufen hat. Man hat zu viel Robeit, Kauflust und Gemeinheit, zu viel Strebertum, Herrschergefühle und Angebertum aufgeboden, um sich zu dem heutigen Stand materieller Macht hinaufzuarbeiten; nun hat man auf einmal diese hübsche Gesellschaft in den eigenen Reihen. Man hat zu lange die „Kohorten“ bei Strafexpeditionen auf Beute ausgeschickt; heute sehen sie öffentlichen Einfluß und öffentliche Ämter als Beute an und es entspinnt sich ein Streit um diese Beute, wie ihn etelhafter und würdeloser noch keine Partei gezeigt hat.

Wohl sagt man: Mussolini, der die Partei bis hierher geführt hat, wird auch mit dem Geister, der Eiserucht und dem Haber in den eigenen Reihen fertig werden. Wohl schreibt das „Impero“, daß der gute Faschist erst Mussolinianer, dann Faschist sein müsse. Die einen bieten ihm als Ehrengeschenk ein Szepter (sic!) an, die anderen feiern ihn in einer Weise, die den Diktator immer mehr zum „Imperator“ stempelt und so dem verfassungsmäßigen Königtum überordnet; aber all das verhindert nicht, daß in dem Kleintampfe der Parteikonflikte auch die Autorität des Heerführers sich sichtlich abnützt, wie sich offenbar auch seine Nerven abnützen.

Es gibt kaum eine größere Stadt in Italien, in der die faschistische Organisation nicht gespalten wäre, wobei sich jede der beiden feindlichen Gruppen um einen anderen Führer schart. Gelegentlich, wie in Umbrien und in Campanien, betrifft die Spaltung eine ganze Landschaft. In Neapel und Umgebung haben die disziplinären Faschisten ein anderes Abzeichen eingeführt. Dabei kommt es vielfach vor, daß die „freiwillige Miliz für die nationale Sicherheit“ für eine der beiden Parteien in den Zwist eingreift. Gegen diese Erscheinung drohen die faschistischen Behörden mit strengster Ahndung durch Kriegsgerichte. Hieraus ergibt sich eine geradezu tragische Situation. Man hat zu Tausenden junge Leute und alte Deklassierte, Handlungsgehülfe und Gymnasialisten in die Miliz eingetragen, nachdem sie sich in der praktischen Schule der Robeit und Illegalität bewährt hatten. Heute wollen nun diese Leute nach den Methoden, denen sie ihre Karriere verdanken, weiter handeln, und da sollen sie auf einmal wegen Ansubordination vor ein Kriegsgericht gestellt werden! So haben sich die faschistischen Behörden entschlossen, in den Reihen der Miliz etwas auszukehren. Es soll eine Revision aller Wehrmänner stattfinden, wobei die ausgemerzt werden, die entweder wegen gemeiner Verbrechen verbestraft sind oder körperlich zum Militärdienst ungeeignet sind oder vorher einer Umsturzpartei angehört haben. Das alle Führer, von Mussolini bis zu den kleinen und kleinsten, früher in Umsturz gemacht haben, wird ihnen vergeben und verziehen; die Ausmerzung scheint sich nur auf die zu beziehen, die erst nach dem Siege des Faschismus dem „Umsturz“ anhängig haben.

Auf alle Fälle wird diese Revision zum Ausschluß einer bedeutenden Anzahl führen müssen, denn die drei bezeichneten Kategorien sind ziemlich stark in der Miliz vertreten. Jeder Ausgestoßene wird aber ein Feind der Bewegung, um ihn haben sich andere Unzufriedene, und es entstehen, im ganzen Lande zerstreut, zahllose Zentren der Verfehlung, denen man vergeben durch Aufrufe zur Disziplin, durch Hinweis auf den bevorstehenden Kampf, auf die Vollendung der faschistischen Revolution usw. entgegenzuwirken sucht.

Nachdem der Faschismus, um zur Herrschaft zu kommen, das Land so große Opfer an Blut, Gut und Menschenwürde gekostet hat, wäre es wünschenswert gewesen, daß er sich bis zur Entfaltung seiner Wesenheit durchgesetzt hätte, um gemäß dieser Wesenheit zu leben oder an ihr zugrunde zu gehen. Auf die Art hätte diese Erscheinung ihren geschichtlichen Kometenlauf vollendet und erfüllt. Heute lassen sich aber die Dinge so an, als ob der Faschismus in seinem Entwicklungspozess gelähmt werden sollte durch die Elemente, die für seinen praktischen Erfolg unentbehrlich waren. Ihm fehlt schon heute die innere Kraft und der innere Halt. Was seine Macht sein sollte, die Miliz, die Bewaffnung seiner Parteigänger durch den Staat, im Namen und auf Kosten des Staates — wird seine Schwäche. Die Miliz diskreditiert den Staat durch ihre Disziplinlosigkeit; sie zieht durch die Stellungen, die sie bietet, immer mehr die deklassierten Elemente an, so daß schon hier und da das Gerücht auftaucht, Mussolini wolle zur Auflösung dieses Prätorianerkorps schreiten und nachdem der Faschismus bisher durch den Mund sein

Heerführers verkündet hatte, er werde durch die materielle Macht die Zustimmung und den sittlichen Halt erlangen, muß er jetzt einen Erfolg suchen für diese materielle Macht, die anfängt, ihn in Stich zu lassen, weil sie sich unfähig zeigt, aus einem geschwundenen Mittel der Bergewaltigung zum Ausdruck und Träger der Befehlsherrschaft zu werden. Und er sucht tatsächlich nach einem solchen Erfolg: er fängt an, zu Kompromiß und Zugeständnis zu schreiten.

Dabei scheint er noch zu schwanken zwischen dem Zugeständnis nach rechts und dem nach links, wobei die Situation in Südtalien ihm die Entscheidung gleichzeitig schwer und dringend macht. In Südtalien, namentlich in Sizilien, macht sich nämlich eine antifaschistische Bewegung geltend mit ausgesprochen monarchistischem Charakter. Die dortigen Antifaschisten tragen als Abzeichen den „Soldo“, die kleinste Kupfermünze, mit dem Bilde des Königs; sie scharen sich um die bisherigen politischen Führer des Bürgertums, um dieselben, die früher jeder Regierung Botengänge taten und Südtalien zur Stütze aller Partisierien machten. Mit diesen Elementen muß Mussolini passieren durch Zugeständnisse und Halbheiten, wie es seine Vorgänger getan haben, oder er muß ihnen entgegentreten, wobei er riskiert, auch die monarchistischen Gruppen Oberitaliens, die sich auf die offiziell aufgelöste nationalfaschistische Organisation stützen, zu verlieren. Daß sich der Ministerpräsident zu Zugeständnissen entschließt, ist um so wahrscheinlicher, als sich immer mehr die Beweise häufen, daß in der Praxis die faschistischen Theorien nicht jene Zustimmung finden, auf die in den offiziellen Kundgebungen gepocht wird. Der Faschismus will bekanntlich alle öffentlichen Betriebe der Privatindustrie übergeben; dagegen hat dieser Tage eine Urabstimmung in Genoa eine große Mehrheit zugunsten der Uebernahme der Gaswerke und der öffentlichen Autos in den Kommunalbetrieb ergeben. Auch gegen die überspannte Schutzpolitik, die sich beim Faschismus mit dem „Liberalismus“ gegenüber dem Privatkapital vertritt, macht sich eine energische Gegenströmung der betroffenen Schichten geltend. In dem „Monolith“ der faschistischen Einheit treten also so viele Sprünge auf, daß der Heerführer, wie jeder andere Politiker, sich gezwungen sieht, die Basis um so mehr zu verbreitern, als sie weniger fest gefügt ist.

Man will Anzeichen dafür haben, daß diese Erweiterung nach links erfolge. In der Emilia ist ein durch und durch reaktionärer Vertrauensmann des Faschismus, der einen Artikel „Nieder die Freiheit!“ und eine Verherrlichung der Ermordung Boronstys zu den Perlen seiner politischen Tätigkeit zählt, durch den Faschisten Grandi erlegt worden, der so weit geht, das nicht utopistische Programm des Sozialismus aufrechtzuerhalten. Wir halten dafür, daß der Ministerpräsident, der keine politischen Grundzüge, sondern nur politische Zwecke kennt, selbst noch nicht darüber im klaren ist, ob es ihm frommt, sich nach links oder nach rechts anzulehnen. Er fühlt nur, daß er auf die Macht, durch die er Italien regieren wollte, nicht weiter in dem bisherigen Ausmaße zählen kann, daß sie ihm gefährlich wird, daß sie ihm alle gemäßigten Elemente entfremdet und praktisch den Satz vom starken Staat durch ihr Regime der roten Willkür Lügen strafen.

Aus diesem Zustand der Unklarheit über die eigene Haltung will sich nun der Faschismus durch ein von jeder Diktatur erprobtes Mittel herausheben: durch die Ablenkung auf den „äußeren Feind“, will sagen auf Sozialisten und Kommunisten. Wenn schon einmal der Faschismus, trotz der gegenteiligen Befehle des Heerführers, sich der Gewalttat nicht entziehen will, so soll er sein Mißgehen nicht im eigenen Lager fühlen, sondern gegen die „Feinde der Nation“ vorgehen. In der Tat kündigt Mussolini in einem Telegramm an die Faschisten von Modena eine „neue Welle“ faschistischer Energieentfaltung an. Sein Familienblatt bringt ähnliche Prophezeiungen. Das heißt aber, den Teufel durch Beelzebub austreiben. Erlaubt der Heerführer heute, auf „allgemeinen Wunsch“ eine neue Extratour gewalttätiger Verfolgungen, so läßt er die Geister, die er zügeln will und nicht kann, sich einfach austoben. Er wird also nachher mit einer noch weniger zu bändigenden Schar zu rechnen haben. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß es mit der „geheulichen Bergewaltigung“ nicht so

geht, wie man möchte. Die Gerichte geben sich nicht überall zu Guillotinen der „Umstürzler“ her, und die Kammer hat die Autorisation zum strafrechtlichen Vorgehen gegen die Kommunisten, die das Manifest der Dritten Internationale unterzeichnet haben, nicht erteilt, so daß diese Abgeordneten sich weiter unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität befinden. Das ist mehr, als man von dieser Kammer erwarten durfte.

Es weisen so verschiedene Anzeichen darauf hin, daß der Faschismus an der Unmöglichkeit krankt, mit dem Menschenmaterial und mit den Mitteln zu regieren, die ihm zur Regierung hülfe. Die nächste Kraftprobe für Mussolini wird also darin bestehen, diese Menschen und diese Mittel über Bord zu werfen.

Lench schlägt die Harfe.

Offizielle Erläuterung des Industrieangebots.

„Hier ist Panier aufgeworfen für eine offene und klare Sache.“ Mit diesen Worten feiert der offizielle Journalist der Stinnesgruppe, Paul Lench, in der „Deutschen Allgem. Ztg.“ das Schreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Es gelingt Herrn Lench vorzüglich, die ganze Frage auf die Höhe des Prinzips zu bringen, indem er auseinandersetzt, mit dem Sozialismus sei es nichts, also müsse es eben andersherum gemacht werden:

Man darf annehmen, daß der deutschen Regierung mit der Erklärung der Industrie das gegeben ist, was sie zur Durchführung ihrer Reparationspolitik braucht. Es wird sich zeigen, ob sie die Kraft hat, sie durchzuführen. Die Erklärung führt aus dem Hellsdunkel unserer Lage, das ein Gemisch von Sozialismus und Kapitalismus ist, heraus und stellt die Regierung vor die Entscheidungsfrage: Das eine oder das andere? Sozialismus ist Pleite. Kapitalismus ist Geschäft. Es lebe das Geschäft! — Es hat schon viele Journalisten gegeben, die den Kapitalismus verteidigten. Lench ist der erste, der sich für ihn mit der ganzen Kraft seines Gemüts begeistert. Und gerade dadurch erwirbt er sich das Verdienst, die Dinge klarzustellen: denn was die Erklärung der Industrie proklamiert, das ist eben der Kapitalismus pur und simpel, dem selbst der „Tropfen sozialen Deis“, mit dem einst das Kaiserreich gefärbt sein wollte, eine höchst verdächtige und unzulässige Beimischung ist.

Selbstverständlich will auch Herr Lench den Achtstundenlohn „elastisch gestalten“, er höhnt über die Sozialdemokraten, die „voll und ganz“ an ihm festhalten. Hier wird der Leser bedenklich. Denn Herr Lench sollte der letzte sein, der behauptet, daß es die Sozialdemokraten mit der Arbeit nicht ernst nähmen; er kennt aus eigener Erfahrung einen Fall, in dem ein sozialdemokratischer Chefredakteur wegen „beharrlichen Unfleißes“ entlassen wurde. Wenn er jetzt findet, daß acht Stunden nicht genug sind, so muß die Frage erlaubt sein, ob das für alle gilt oder immer nur für die anderen im Sinne des bekannten Wortes:

„Die Arbeit ist doch eine schöne Sache! Stundenlang könnte man so stehen und zusehen!“

Münchener Justiz.

München, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht München hatte sich auf Anklage des Oberstaatsanwalts ein Student zu verantworten, der in einem öffentlichen Lokal damit geprunkt hatte, beim feierlichen Empfang des Reichspräsidenten in München mit der Badehose gewinkt zu haben. Das Gericht erblühte in dieser Bekehrung weder eine Rohheit, noch eine Verächtlichmachung, was nach der Auffassung der Reichsgerichte nötig sei, um eine Beurteilung nach dem Gesetze zum Schutze der Republik auszusprechen. Demgemäß wurde der Angeklagte freigesprochen.

Die Herren Leutenants.

München, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In dem Prozeß wegen Landfriedensbruch bei der Erstürmung des Hotel Grünwald durch Nationalsozialisten sind neben den Angeklagten, die noch alle jugendlichen Miers sind, bereits sämtliche 28 Zeugen vernommen worden. Die Reduzzahl dieser Zeugen waren entsprechend ihren Aussagen sympathisierende Zuschauer. Dazu gehörten auch einige Leute der grünen Polizei, die der Zerstörung im Hotelinnern ruhig zusahen. Einer hat sogar geäußert: „Schlagt nur

Beim Lench läßt Pestalozzi die Knaben gar nicht das Alphabet lernen. Er stellt ihnen gleich ganze Sätze und Wörter auf.

Das sonderbarste ist die Art, auf welche sie die Sprachen lernen. Er fängt damit an, sie mit den Namen der Teile ihres Körpers bekanntzumachen. Zu diesem Zweck stellt er sie alle in eine Reihe. Einer unter ihnen sagt vor und die anderen wiederholen es einstimmig: „Der Kopf!“ (Alle Knaben legen die Hände auf den Kopf). „Der Kopf liegt auf dem höchsten Teil des Körpers, zwischen den Schultern.“ „la tête“: la tête est située sur la plus haute partie du corps, entre les épaules, usw. So läßt er sie alle Teile ihres Körpers in beiden Sprachen nennen und deren Lage beschreiben. Und immer ist er bemüht, ihnen eine sinnliche Vorstellung von der Sache, die sie nennen, zu geben.

In der kurzen Stunde, in welcher ein Durchreisender einem solchen Unterricht beizuwohnt, kann er nur einen unvollständigen Begriff davon erhalten. Der Erfolg allein kann lehren, ob durch diese von der anderen so ganz verschiedene Erziehungsmethode verständigere Menschen gebildet werden.

Etwas, was uns allen Bewunderung abzwang, waren mathematische Figuren, die in allen ihren Verhältnissen ganz richtig gezeichnet waren und von denen wir mit Erstaunen hörten, daß sie ohne Lineal und Zirkel gezeichnet und das Werk achtjähriger Kinder wären.

Kaum waren wir wieder zu Hause, als wir schon einen Besuch von Herrn Pestalozzi erhielten, der, mittlerweile zu Hause gekommen, von unserer Wille bei ihm gehört und uns gleich nachgefragt war. Herr Pestalozzi scheint schon sehr alt, hat aber befehnungsgewohnt einen außerordentlichen Grad von Beharrlichkeit. Sonderbar ist es, daß er sich so wenig auszubilden weiß; er spricht deutsch und französisch, beides gleich schlecht, flöttert oft, und weiß seine Worte nicht zu finden. Auch in seinem Institut sprechen Lehrer und Schüler das schlechte Schweizer Deutsch. Er sagte uns, er wolle seine Lehrer nie unter den Gelehrten, weil diese nach ihrem eigenen Grundfahen arbeiten und seine Methode nicht befolgen würden; er nimmt im Gegenteil lieber Leute aus den niederen Volksklassen, von gesundem Menschenverstand und ohne Vorurteile. —

Zum Streit um das Kroll-Haus.

Das Personal der Großen Volkoper hielt gestern eine Betriebsratssitzung ab, die als Kundgebung für Ueberweisung des Kroll-Hauses an die Volkoper veranstaltet wurde. Obmann Körner vom Bau Berlin der Genossenschaft Deutscher Bühnennachrichter betonte in seinem Referat die künstlerischen und die sozialen Momente, die nach seiner Meinung dafür sprechen, das der Vollendung entgegengehende Kroll-Haus nicht der Staatsoper, sondern der Volkoper einzuräumen. Professor Epstein, der über eine Konferenz im Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung berichtete, verwahrte die Volkoper gegen den ihr von der Volkoper gemachten Vorwurf, ein eigentlich kapitalistisches Unternehmen zu sein. Im Sinne des Referenten sprachen noch Vertreter des Soloperpersonals, des Chorpersonals, des Orchesterpersonals, des technischen Personals und der Aktionäre. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Betriebs-

alles zusammen, wir leben nichts.“ So ist auch begreiflich, daß sich der Schaden nach dem Geldwert im Januar auf 6 Millionen Mark beläuft, davon hat das Reich 3,6, der bayerische Staat 2,6, und die Gemeinde München 1,8 zu tragen. Die Auslagen der Hotelangehörigen waren teilweise für die Angeklagten außerordentlich belastend. Mitunter hätte man aber auch den Eindruck, daß einige Auslagen unter der Angst vor nationalsozialistischen Racheakten zustande gekommen sind. Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Verhandlung kein einwandfreies Bild der Vorgänge bei der Erstürmung des Hotels gegeben hat. Die Ereignisse sind keineswegs objektiv geklärt, was schon aus den Worten des Vorliegenden hervorgeht: „Es ist ja leider auch hier so, daß man die Hauptschuldigen meistens nicht erreicht.“ So ließ denn auch der Staatsanwalt in seinem Antrag die Anklage gegen den einen Räubersführer, Leutnant Heine, fallen, während er gegen den anderen, Leutnant Ludovici, 8 Monate Gefängnis beantragte. In ähnlichen Streifenmohren hält sich sein Antrag gegen die anderen 6 Angeklagten, denen er im übrigen sämtlich mildernde Umstände zubilligt, weil ihre Handlungen nicht aus unehrenhaften Motiven entsprungen seien. Das Urteil wird heute nachmittag gefällt.

Befahrungszwischenfall.

Essen, 28. Mai. (WZB.) Am 25. Mai gegen 10 Uhr abends waren mehrere Leute, die dem Alkohol allzu reichlich zugesprochen hatten, in einer Wirtschaft an der Essener Straße in Stoppenberg eine Fensterscheibe ein, weil der Wirt ihnen die Abgabe einer Flasche Brantwein verweigerte. In einem Zimmer der Wirtschaft befanden sich während des Vorfalls 5 bis 6 französische Offiziere. Sie griffen sofort nach ihren Schusswaffen und schossen auf die Täter; außerdem wurden aus der nahegelegenen Schule Soldaten herbeigerufen, die die Täter verfolgten. Bei dem Vorfall wurde eine bisher noch unbekannt Person getötet, ferner wurde ein Arbeiter durch einen Kopfschuß und ein anderer Arbeiter durch einen Oberschenkelshuß schwer verletzt. Die beiden Verletzten wurden dem Krankenhaus in Stoppenberg zugeführt. Von den Franzosen wurde niemand verletzt. Im Anschluß an diesen Vorfall wurden von der Befahrungsbefehdende 20 bis 25 Personen festgenommen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Wilde Gerüchte.

Essen, 28. Mai. (WZB.) Im ganzen Industriegebiet waren heute Gerüchte verbreitet, wonach es in Bochum wieder zu großen Straßenkämpfen gekommen sei, wobei es viele Tote gegeben haben soll. Diese Gerüchte entsprechen nicht den Tatsachen. Der heutige Tag ist mit Ausnahme der frühen Morgenstunden ruhig verlaufen. Heute früh hatten die Unruhestifter wiederum versucht, von der Eisenbahnbrücke an der Wilhelmshäuser Straße aus die Feuerwehr zu beschleichen, (?) sie wurden jedoch vertrieben. Verlesungen hat es dabei nicht gegeben. Der gestern als tot vom Kampfsplatz getragene Oberstabsfeldwebel Blum ist nur schwer verwundet. Man hofft, ihn am Leben erhalten zu können. (Nach der Lebensmittelhändler Straßmann, dessen angeblich bestialische Ermordung in der ganzen bürgerlichen Presse liquorierte — es sollte ihm der Hals mit einem Rasiermesser durchgeschnitten sein —, ist, wie jetzt zugegeben wird, nicht ermordet sondern bei Schießereien tödlich verletzt worden. (D. Red.)

Bochum, 28. Mai. (WZB.) Der heutige Tag ist vollkommen ruhig verlaufen; nur in den frühen Morgenstunden schossen kommunistische Patrouillen ihre Revolver in die Luft ab. (1) Bochum ist zurzeit ohne Gasversorgung. In den gemerblichen Betrieben, insbesondere aber in den Kronenhäusern, werden sich die zahlreichen Verzweiflungen der letzten Tage, von denen mehrere bringend operativ bedürftig sind, befinden, wird die mangelnde Gasversorgung katastrophal bemerkbar.

Essen, 29. Mai. (WZB.) Die Teuerungskrawalle, die am Samstag hier einsetzten, fanden gestern ihre Fortsetzung. Nach der „Rölnischen Zeitung“ staut sich vor allen Lebensmittelgeschäften im Stadtinneren die Menge, um von den Waren, deren Preise sowolksam herabgesetzt worden waren, möglichst viel zu erlangen. Die meisten Geschäfte waren gegen Mittag bereits ausverkauft.

Bochum, 29. Mai. (WZB.) Während des Sonntags erwies sich auch der „Rölnischen Zeitung“ die durch Selbstschuß auf zweitausend Mann verstärkte städtische Feuerwehrr als Herr der Lage. Es gelang, die Ruhe aufrechtzuerhalten und größere Zwischenfälle zu vermeiden.

Die Vollversammlung der Großen Volkoper hat von den bisherigen Verhandlungen wegen Ueberlassung des Kroll-Hauses an die Große Volkoper Kenntnis genommen. Sie stellt sich voll und ganz auf den Standpunkt, den Aufsichtsrat und Direktion der Großen Volkoper bei den Verhandlungen eingenommen haben. Abgesehen von den künstlerischen Verpflichtungen, die für den Staat bestehen, einem Operunternehmen, das schließliche, kleinstmögliche Arbeit am Volke geleistet hat, weitestgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen, verweist die Vollversammlung aber auch auf die soziale Seite, wonach die Gefahr besteht, daß ein einseitiger Kunstkörper durch Vorenthaltung des Kroll-Hauses existenzlos gemacht wird. Wie in der Debatte Kroll-Haus-Volkoper öfter betont, wiederholt die Vollversammlung, daß der Besitz von Kroll keine Lebensnotwendigkeit für die Staatsoper, Aufführungen der Staatsoper bei Kroll keine Lebensnotwendigkeit für die Volkoper, der Besitz von Kroll aber eine Lebensnotwendigkeit für die Große Volkoper ist, die sonst ab Herbst 1924 kein Heim mehr hat, wodurch ihr gesamtes Personal brotlos wird. In letzter Stunde richtet daher das Personal der Großen Volkoper an den Landtag das Ersuchen, den Lebensinteressen der Großen Volkoper gerechte Würdigung zuteil werden zu lassen.

Nach dieser Resolution zu urteilen, scheint es, daß das Personal der Großen Volkoper über die Sachlage durchaus irrtümlich unterrichtet ist. Dem geschäftsführenden Direktor der Volkoper kommt es — wie wir neulich auseinandersetzen — vor allem darauf an, durch die Uebernahme des Kroll-Hauses sich die finanzielle Unterstützung aus Staatsgeldern auf alle Fälle und für alle Zukunft zu sichern und sein Unternehmen zu einer zweiten Staatsoper avancieren zu lassen. Wenn ihm das Schicksal seines Personals so sehr am Herzen liegt, so hätte er nicht alle Vorschläge, die ihm in anderer Form die Durchführung seines Unternehmens ermöglichen sollten, rundweg abgelehnt. In seiner unermüdlichen Bearbeitung der bürokratischen Presse hat übrigens Herr Direktor Lange jetzt eine neue Methode eingeschlagen. Im „Total-Anzeiger“ veröffentlicht er heute eine Zuschrift, in der er die bürgerliche Reaktion gegen die Volkoper aufzuklären versucht. Er gibt das Versprechen, daß er als Inhaber des Kroll-Hauses auch dem „Bühnenwortschund“ und der „Deutschen Bühne“ Vorrangpreise bewilligen werde, und er weist dunkel auf den „Willen einzelner Personen“ hin, „die letzten Endes auch nur die Volkoper als Mittel zum Zweck verwenden“. Damit hat dieser wahrhaft volkstümliche Bühnenleiter seines Herzens tiefstes Sehnen enthüllt und wir dürfen wohl hoffen, daß unsere Genossen im Landtag nunmehr energisch gegen seine Machenschaften Stellung nehmen werden.

Volkoper und Jugendbewegung. Mittwoch, den 30. abends 7 Uhr, findet in der Aula des Kölnischen Gymnasiums, in der Inselstraße, eine öffentliche Versammlung statt, in der Dr. Reiterle, Generalsekretär der Volkoper, G. B. Kurban Krüger, Bert Stief, Adolf Roth u. a. über das Thema Volkoper und Jugendbewegung sprechen werden. Alle Jugendlichen sind eingeladen.

Staatsoper. In der Violetta-Aufführung singt am Dienstag die Theaterpartie Adulain Kojala Gorkaja, Mitglied der Staatsakademischen Oper zu Petersburg.

Schopenhauer und Pestalozzi.

Im Verlag von H. A. Brockhaus in Leipzig sind soeben Schopenhauers Vorträge über die Erziehung des Kindes 1802-1804 herausgegeben von Charlotte Swinnew, erschienen. Das mit zahlreichen Illustrationen geschmückte Büchlein vertritt zum ersten Mal die Anschauungen des schweizerischen Schopenhauer über eine Reihe der wichtigsten Erziehungsmethoden, England, Frankreich, die Schweiz, München, Wien, Berlin und Dresden machte Unterricht an. Mal 1801 findet sich folgende interessante Schilderung des Befandes, den die Lehren der Erziehungslehre des berühmten Philosophen Pestalozzi (1746-1827) im Schloß zu Burgdorf (Ranton Bern) abstrahierten, und des Gegenstandes, den Pestalozzi ihnen machte.

Am sechs Uhr kamen wir in Burgdorf an, wo wir diese Nacht blieben. Wir gingen sogleich nach unserer Ankunft das Institut des berühmten Pestalozzi sehen, über dessen neue Erziehungsmethode so viel gesagt und geschrieben ist. Das Institut nimmt das alte ehemalige Schloß des Amtmanns ein, welches auf einer Anhöhe liegt, und aus dessen Fenstern man eine Aussicht hat, die es allein der Mühe wert macht, hinaufzugehen. Wie fanden den Herrn Pestalozzi nicht zu Hause, aber die unteren Lehrer waren sehr bereit, uns einen kleinen Begriff von der Methode des Unterrichts zu geben.

Wir wählten einer Probe des Unterrichts ganz junger Knaben von sechs bis acht Jahren im Rechnen, Lesen und der Sprache bei. Ueberhaupt teilt Pestalozzi die Gegenstände des Unterrichts in Denken, Rechnen und Schreiben. Der Hauptzweck und Grundzweck seiner Methode ist der: ganz ohne Hilfe des Gedächtnisses zu lehren; darum zielen alle seine Bemühungen einzig und allein darauf ab, daß die Aufmerksamkeit des Schülers nicht durch Wörter und Zahlen von der Sache oder dem Begriff selbst abgelenkt werde. Er kann durchaus nicht Schüler gebrauchen, welche schon einen anderen Unterricht genossen haben.

Seine Befehle rechnen nicht mit Zahlen; sondern mit Stücken Papp, welche als Einheiten betrachtet werden und diese zählen sie nicht: „Eins“, „zwei“, „drei“, sondern: „Einmal eins“, „zweimal eins“, „dreimal eins“ usw., um sich nie vom Begriff der Sache selbst zu entfernen. Auf dieselbe Art fahren Pestalozzis Befehle, statt das Einmaleins zu lernen, so fort: Er legt die Stücke Papp nicht mehr einzeln, sondern in Haufen, zwei bei zwei, dann zählen sie: „Einmal 2“, „zweimal 2“, „dreimal 2“, „viermal 2“, „fünfmal 2“, „sechsmal 2“ usw., dann sechsmal 2 ist zwölffmal 1, ist viermal, dreimal 1, ist 1 und 3mal, achtmal 1“ usw. Er legt die Stücke Papp in immer größere Haufen und läßt sie so bis zu den größten Zahlen hinauf zählen. Dann legt er ihnen Fragen vor, z. B.:

Wievielmals ist „achtmal 2“ in „viermal, zwölffmal 1“ enthalten? Antwort: Dreimal.

Diese Fragen werden endlich so schwer, daß der, welcher gewohnt ist mit der Feder zu rechnen, sie nicht beantworten kann, und doch sieht man sie von achtjährigen Knaben auflösen. So bilden sich seine Schüler nach und nach zu den geübtesten Kopfrechnern. Ob sie aber damit bei großen zusammengefügten Aufgaben durchkommen können, ist befehnungsgewohnt zweifelhaft. Auch ich weiß nicht, ob er seine erwachseneren Schülinge auf diese Art zu rechnen gelehrt läßt.

Der Zusammenbruch der Stützungsaktion.

Untersuchung im Reichstagsausschuß.

Heute vormittag um 11 Uhr trat im Reichstag der parlamentarische Ausschuß zur Untersuchung der gegen die Mark gerichteten Treibereien unter dem Vorsitz des Abgeordneten Lange-Hegemann (Z.) zusammen. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind: die Genossen Robert Schmidt und Herz, die Abgeordneten Fröhlich (Komm.), Dernburg (Dem.), Dauch (D. Sp.), Helfferich (Nat.) und Emminger (Bav. Sp.). Nach der Eröffnung entspann sich zunächst eine Debatte über die Frage der Öffentlichkeit der Verhandlungen, die in der Presse bekanntgegeben war. Nach längerer Beratung wurde für die heutige Sitzung die Öffentlichkeit und die Zulassung der Presse beschlossen und mitgeteilt, daß von Fall zu Fall entschieden werden soll, welcher Teil der Untersuchung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde.

Zu Beginn der eigentlichen Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß er den Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister um Unterlagen über die Fragen gebeten habe, die den Ausschuß beschäftigen. Der Reichswirtschaftsminister ist diesem Ersuchen bereits nachgekommen und auch der Reichsfinanzminister hat den Vorsitzenden Unterlagen über die Tätigkeit der Devisenbeschaffungsstelle zugestellt. Ein einleitendes Referat hält dann Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium:

Nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet und dem damit verbundenen Ansteigen des Dollars habe die Reichsregierung sofort die Mittel erwogen, wie dieser Erscheinung entgegenzutreten werden könnte, weil es für die Regierung klar war, daß die Lebenshaltungskosten auf gleicher Höhe gehalten werden mußten und der Widerstand gegen die Ruhraktion nicht durch eine Teuerung geschwächt werden dürfte. Von vornherein war klar, daß eine solche Aktion nicht allein mit fiskal- und börsennotwendigen Maßnahmen durchgeführt werden konnte. So entschloß man sich zunächst einmal zu einer Einschränkung in der Gewährung von Krediten, damit die Besitzer von Devisen sich genötigt sehen, diese auf den Markt zu geben. Das weitere technische Eingreifen bestand in dem Verkauf von Devisen, sowohl an den deutschen wie an den ausländischen Börsen. Diese Maßnahmen geschahen in ständiger Fühlung zwischen Reichsbank und Reichsregierung, und der Erfolg war, daß auch von Anfang Februar bis Mitte April der Dollarkurs auf einer Höhe zwischen 20 000 und 22 000 gehalten werden konnte. Von einem weiteren Herabdrücken des Dollarkurses, das vielleicht technisch möglich gewesen wäre, sah man ab, um dadurch unsere Industrie, vor allem der Exportindustrie, nicht größere Schwierigkeiten zu bereiten. Die ganze Aktion hatte von Anfang nicht die Stabilisierung im Auge, es war keine währungs- und handelspolitische, sondern eine

Kriegsmaßnahme gegen den Ruhrbruch.

Um die Mittel der Reichsbank für die Aktion zu stärken, habe die Regierung dann die Dollarschekenanweisungen aufgelegt, die in Devisen einzulösen waren, um die Devisenbestände zu vermehren. Das Ergebnis der Aktion selbst war durchaus befriedigend im Vergleich zu den Mitteln, mit denen sie während drei Monaten durchgeführt werden konnte. Jedoch machte sich in immer wachsendem Maße die Passivität der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz geltend, wodurch es für die Reichsbank immer schwieriger wurde einzufahren, insbesondere, als der geringe Erfolg der Dollarschekenanweisung nicht die erhofften Mittel aufbrachte. Der Staatssekretär geht dann näher auf die bewegliche Taktik ein, zu der man überging, die sich aber immer mehr zu einer rückwärtsbeweglichen Taktik entwickelte, und dem 17. 18. April, wo die Reichsbank dem Ansturm nicht mehr widerstehen konnte, ist es auch nicht mehr gelungen, das beschlossene Niveau der Mark zu halten. Das versuchte man durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Devisenverordnung. Als der Reichsbank durch die

neue Devisenverordnung

das Mittel in die Hand gegeben war, Auskunft über die Devisengeschäfte zu verlangen, hat sie auch sofort die Devisenbeschaffungsstelle beauftragt, Ermittlungen anzustellen, und diese hat an Banken und Firmen ein Schreiben herausgegeben, in dem sie Auskunft verlangte über die Devisengeschäfte in den kritischen Tagen von Mitte April und darüber, zu welchen Zwecken diese Devisen erstanden wurden. Ueber den daraus entstandenen Schriftwechsel wird dem Untersuchungsausschuß vom Staatssekretär größeres Material vorgelegt.

Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium beschränkt sich in seinem Referat auf eine Darstellung der bekannten neuen Devisenverordnung.

Genosse Robert Schmidt fragt an, aus welchen Gründen die Aktion zur

Befchränkung der Devisenverleihung

nicht in der ursprünglich beabsichtigten Schärfe aufrechterhalten wurde und welche Wirkung die Devisenverordnung nach dieser Richtung überhaupt gezeigt hat. Staatssekretär Trendelenburg erwidert, daß die Mahnung der Reichsbank, wonach Devisen nicht beliehen werden sollen, immer noch in Geltung ist. Die Devisenverordnung bringe dazu noch die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen, um die Befchränkung der Devisenverleihung durchzuführen. Ueber den Erfolg teilt er mit, daß die Meldung über meldspflichtige Tatsachen gemäß der Verordnung erst allmählich eingehen und aufgearbeitet werden. Staatssekretär Schröder bestätigt, daß die Reichsbank anstrebt, Kredite nur in dem notwendigsten Maße zu geben. Der Vorsitzende Lange verlangt Auskunft, wie das Reichsfinanzministerium mit der Organisation der Devisenbeschaffungsstelle, welche die Devisenkontrolle ausübt, zufrieden ist und wie es sich dagegen gesichert hat, daß die Geheimhaltung der Meldungen nicht durchbrochen wird.

Staatssekretär Schröder weist darauf hin, daß die Devisenbeschaffungsstelle ursprünglich nur zur Devisenbeschaffung für das Reich gegründet worden ist und mit der Ausübung der Devisenkontrolle erst betraut wurde, als die Reichsbank erklärte, zur Durchführung dieser Maßnahmen nicht imstande zu sein.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Die alte Feuerwache.

Die Feuerwache in der Mauerstraße Ecke Kronenstraße wurde Mitte vorigen Jahres dem Bezirksamt Mitte zur Verwaltung und Bewertung übergeben. Das Bezirksamt ist in der Presse nun mehrfach Angriffen ausgesetzt gewesen, weil es das Haus nicht für Wohnzwecke nutzbar gemacht hat. Zur Erwidmung sendet uns das angegriffene Bezirksamt folgende Darstellung:

Als Mitte vorigen Jahres das Feuerwachengrundstück Mauerstraße 15a dem Bezirksamt Mitte vom Magistrat zur Verwaltung und Bewertung übergeben wurde, stand es vor der Frage, ob die Bewertung auf dem direkten Wege des Wohnungsauslaues oder auf dem indirekten Wege der Vermietung zweckmäßiger zu verwirklichen wäre. Eine eingehende, unter Herbeiziehung von Sachverständigen vorgenommene Prüfung ergab, daß ein Wohnungsausbau lediglich eine Vergeudung der für diesen Zweck zur Verfügung stehenden, knappen Mittel bedeuten würde. Das Haus besitzt weder Hof- noch Hinterland und enthält nur eine geringe nutzbare Fläche. Es blieb daher nur übrig, die Bewertung auf dem indirekten Wege der Vermietung zu suchen. Dieser Weg ist unter Billigung des Magistrats mit Erfolg beschritten worden. Das Haus ist zu einem Mietspreise, der sich in seiner Höhe nach dem jeweiligen Dollarkurs richtet, und der nach sachverständigem Urteil einen sehr angemessenen Gegenwert darstellt, auf 30 Jahre vermietaet worden. Der Mietvertrag enthält die Bestimmung, daß das Haus unter Aufsetzung von mindestens zwei Stockwerken zu einem seiner Lage entsprechenden Bureau- und Geschäftshaus umgebaut wird und unterwirft die Mieter für den Auslaß den Anweisungen und der ständigen Aufsicht der städtischen Baubehörden. Außerdem verpflichtet er die Mieter, die im Rohbau stehende Ebene, unterirdische Bedürfnisanstalt an der Kronen- und Friedrichstraße-Ecke auf ihre Kosten auszubauen und dem Bezirksamt gebrauchsfertig zu übergeben. Der Abschluß des Vertrages mit den Mietern ist deshalb erfolgt, weil ihr Angebot unter den eingegangenen das günstigste war. Die Einnahmen aus dem Mietvertrage, die auf die Vertragsdauer berechnet, den Betrag von eine Milliarde Mark übersteigen, stellen den Grundwertbestand zu und werden auf diesem Wege in zweckmäßiger Weise dem Wohnungsausbau nutzbar gemacht. Wir heben ausdrücklich hervor, daß auch dem Bezirksamt der Gedanke, das in Rede stehende Haus durch den Ausbau von Wohnungen zu verwerten, am nächsten liegen mußte, daß sich seine Durchführung aber bei der Art des Hauses und den überaus hohen, dazu nötigen Kosten als undurchführbar erwies.

„Freier Handel“ mit Ausfuhrbewilligungen.

Hinter den Kulissen einer Außenhandelsstelle.

Mit einer Fabrik für gefälschte Ausfuhrbewilligungen und im Zusammenhang damit mit umfangreichen Schiebungen bei der Warenausfuhr nach Holland, deren hauptsächlich die Grenzstadt Gronau in Westfalen war, hatte sich gestern in einer vierstündigen Verhandlung die zweite Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen. Auf der Anklagebank nahmen Platz der Kaufmann Alois Kanopka, der Kaufmann Sally Steinmann, der Bautechniker Gerhard Elkmann, der Speditur Anton Dell'oro, der Kaufmann Heinrich Suezmann und der Kaufmann Jahn Hülschhoff.

Sämtliche Angeklagte wohnen, bis auf Kanopka, der vor einigen Jahren nach Berlin gezogen war, in Gronau in Westfalen und sind angeklagt der fälschlichen unerlaubten Ausfuhr von Waren, Kanopka ferner der schweren Urkundenfälschung und des Betrugs in fünf Fällen. Kanopka vermittelte in Berlin für holländische Kaufleute Ausfuhrbewilligungen, die gegen Entgelt an die anderen Angeklagten weitergegeben wurden und von diesen dann in Gronau an die Interessenten verkauft wurden. Das Bündelstück und Mittelsmann war der Angeklagte Steinmann, der zwischen Gronau und Berlin hin und her pendelte. Der Preis für die Ausfuhrbewilligung schwankte zwischen 12 000 und 15 000 M. Steinmann und Kanopka stellten aber zur Bedingung, daß die auszuführenden Waren erst nach Berlin geschickt werden mußten, da sich hier nach ihren Angaben die zollamtliche Abfertigung glatt und in wenigen Stunden abwickeln lasse. Auf die bewilligten Ausfuhrbewilligungen und Lieferungsbescheinigungen dieser Außenhandelsstelle wurden mit Hilfe fingierter Fakturen Nähmaschinen, Zement, Bier- und Selterflaschen, Steingut, Porzellan und andere Waren nach Holland ausgeführt. Der Angeklagte Kanopka bestritt, daß er sich die Ausfuhrbewilligungen durch Bestechung beschafft habe. Lediglich auf Grund seiner guten Bekanntschaft mit den Beamten seien ihm die Ausfuhrbewilligungen in zwei bis drei Tagen ausgestellt worden, während schriftliche Anträge erst in Wochen erledigt zu werden pflegten. Der Landgerichtsdirektor Langels wies darauf hin, daß bei den betreffenden Außenhandelsstellen infolgedessen ein etwas sonderbarer Betrieb geherrscht habe, als beispielsweise Ausfuhrbewilligungen für Rohöl und chemische Waren von der Außenhandelsstelle für Feinmechanik und Optik erteilt worden sind. Staatsanwalt Seidenpinner hob mit besonderem Nachdruck die Gemeingefährlichkeit des Treibens der Angeklagten hervor, die durch einen derartigen Handel mit Ausfuhrbewilligungen die Wirtschaft des Reichs auf das höchste gefährdeten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kanopka und Steinmann je zwei Jahre Gefängnis, drei Millionen Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust. Gegen die übrigen Angeklagten wurden Geldstrafen von 1 Million bis zu 300 000 M. beantragt. Das Gericht nahm nur Bewilligungen zu den Vergehen gegen die Verordnungen über den Außenhandel an und verurteilte die Kaufleute Kanopka und Steinmann zu je 6 Monaten Gefängnis und 400 000 M. Geldstrafe, den Bautechniker Elkmann zu 200 000 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Arbeit für die Kriegsofiser.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener hielt am Sonnabend und Sonntag ihren 7. Bundeskongress im Bürgeraal des Rathauses ab. Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, daß es unter größten Mühen gelang, im Vorjahr kurz vor Weihnachten den letzten Abignon-Gefangenen der Heimat zuzuführen. Jetzt gibt es in Frankreich keine Kriegsgefangenen mehr, wohl aber noch Zivilgefangene. Der Vereinigung ist es gelungen, in den meisten Fällen große Strafmaßnahmen zu erwirken. So ist der Ingenieur Berger, der von den Franzosen zum Tode verurteilt war, jetzt so weit begnadigt worden, daß er nach Ablauf von 5 Jahren frei wird. Der zu lebenslänglicher Verbannung verurteilte Haase wird am 5. Januar 1924 frei werden, während dem zum Tode verurteilten Holz am 8. September 1924 die Freiheit wieder gegeben wird und der in Algier gefangene Desmann zum 5. Januar 1924 begnadigt ist. Das Todesurteil gegen den in Amerika befindlichen Wille ist aufgehoben und er zu lebenslänglichem Kerker „begnadigt“. In Russland sind noch 200 bis 300 Deutsche, die aber zum Teil den Gedanken an die Rückkehr in die Heimat ausgehen haben. Unausgesprochen ist bis auf den heutigen Tag das Verschwinden dreier Arbeitsbataillone. Auch hier wird gearbeitet, um Nachrichten über die Vermissten zu erhalten. Unter den Anträgen zum Bundeskongress interessiert insbesondere ein solcher der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin, der das Bekanntnis zur Weimarer Verfassung enthält. Die Anerkennung der gegenwärtigen Staatsform wurde von den Delegierten für selbstverständlich erachtet. Das Bekanntnis zum Faschismus aber wurde mit übergroßer Mehrheit

abgelehnt, da man es für eine parteipolitische Angelegenheit hielt, die A. e. A. aber unpolitisch bleiben soll. Es wurden in der Aussprache recht eigenartige Töne angeschlagen, erklärte doch unter anderem ein Prof. Böhrer aus Halle, der zuerst betonte, daß er nicht so jung sei, wie er aussehe, ihm sei der niedrigste deutsche Fuchshändler lieber, als der edelste Franzose“. Elsa Brandström, die ein Arbeitsanatorium für zurückgekehrte Kriegsgefangene gegründet hat, damit sie dort Arbeit und Erholung finden, wurde zum Ehrenvorsitzenden der A. e. A. gewählt. Schwester Anna Binder, die wegen ihres Eintretens für die deutschen Kriegsgefangenen in Russland im Gefängnis schmachtete, wurde zum Ehrenmitglied der A. e. A. ernannt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Edwin Varianti gewählt, während dem Ehrenvorsitzenden Frhr. v. Versner die Rechte des zweiten Bundesvorsitzenden übertragen wurden.

Raubüberfall in Staaken.

Vollständig ausgeplündert wurde in der Nacht zum Sonntag der Arbeiter Wachs, der in Staaken am Langen Weg wohnt. Als er auf dem Heimwege die Lehrstraße erreicht hatte, fielen drei unbekannte Männer von etwa 20 bis 25 Jahren über ihn her, schlugen ihn zu Boden und raubten ihm die Brieftasche, die 75 000 Mark bar Geld und für 120 000 M. Banknoten enthielt, die silberne Uhr, die er ohne Kette in der Tasche trug, die Krawatten-nadel, das Taschentuch und auch noch die Tabakpfeife. Die Wegelagerer entkamen und sind noch nicht ermittelt.

Stündlich ein Feuer.

Erhöhte Inanspruchnahme der Feuerwehren.

Es ist der Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben, daß seit einigen Monaten die Berliner Feuerwehren ganz außerordentlich in Anspruch genommen werden. Der Bericht einer einzigen Nacht, in der in jeder Stunde die Wehr beansprucht wurde, bestätigt das.

In der letzten Nacht um 2 Uhr kam auf einem Korridor in der Tresowstr. 14 ein gefährliches Feuer aus. Es brannte dort und in einem Nebenraum Schaldecken, der Fußboden u. a. unter großer Qualmentwicklung, so daß dem Bewohner der Wohnung der Ausgang versperrt war. Die Feuerwehr brang in die Räume ein und holte mehrere Personen aus der schon verqualmten Küche heraus. Die Flammen konnten durch tüchtiges Löschen auf ihrem Herd und einem angrenzenden Raum beschränkt werden. Böswilligerweise wurde die Wehr nachts um 3 Uhr nach dem Barbarosplatz alarmiert. Der Täter ist unermittelt entkommen. Kurze Zeit darauf wurde ein Tischlereibrand aus der Dennewitzstr. 35 gemeldet. Dort brannten im vierten Stock des Seitenflügels Immobilien und die Einrichtung an einem Fournierofen zum Trocknen der Fabrikate, weshalb kräftig Wasser gegeben werden mußte. Um 4 Uhr nachts kam in einem Keller in der Christinenstr. 39 ein größeres Feuer aus, das wegen der Beruamung Unruhe unter den Hausbewohnern hervorrief. Hier brannten hauptsächlich Lumpen, Fußböden, Türen, Schaldecken usw. Die Löscharbeiten 13, 17 und 19 waren zur Stelle und es gelang, den Brand einzudämmen. Erst nach längerer Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Wegen Kurzschluß wurde die Feuerwehr um 5 Uhr früh nach einem jüdischen Besal in der Linienstr. 19 gerufen. Gleichzeitig brannte in Wilmersdorf in der Joachim-Friedrich-Str. 54 eine Wohnung. Ferner mußte ein Küchenbrand am Köllnischen Ufer 34, ein Korridorbrand in der Korridorstraße 10 gelöscht werden. Die Wilmersdorfer Wehr wurde böswilligerweise nach dem Hohenzollernbaum gerufen.

Kundgebung der Jugendinternationale.

Die internationale Kundgebung der Arbeiterjugend sah nicht nur eine überfüllte Aula in der Weinmeisterstraße, sondern sie nahm auch einen so glänzenden Verlauf, daß sie jedem Beteiligten in Erinnerung bleiben wird. Nach einem vom Genossen Friedrich gesprochenen Prolog, würdigt Genosse Cremer eingehend die Bedeutung des Hamburger Kongresses. Er führte aus, daß das Proletariat aller Länder die Folgen der Spaltung am eigenen Leibe gefühlt habe. Von Stunde an aber hätten wir nur eine sozialistische Internationale, eine sozialistische Jugendbewegung. Die Jugend muß daran arbeiten, die neue Internationale mit neuem Geist zu erfüllen. Wir wollen die Internationale der Tat, die Internationale der Arbeit. Genosse Felix Skontaga überbrachte die Grüße von 10 000 Proletarierjugend- und -mädchen der Tschechoslowakei. Aus Liebe zu Frankreich gaben die tschechoslowakischen Staatsmänner die früheren Beziehungen zu Deutschland, Oesterreich, Polen und Russland auf. Sieben Nationen sind in der Tschechoslowakei vereinigt. Dabei ist man täglich Zeuge nationaler Verfolgungen. Unter der Führung französischer Militärs wurde ein Heer von 150 000 Mann aufgebaut und man lemt eine Heeres- und Wehrpflicht. Infolge der Moskauer Spaltung war die deutsch-tschechoslowakische sozialistische Jugend von 30 000 Mitgliedern fürchtbar zusammengeschmolzen, hat jetzt aber wieder 10 000 Mitglieder. Diese Jugend muß jetzt für die Erziehungsarbeit eintreten und den Kampf um der Jugendfrage und den Kampf gegen den Militarismus führen. Unter 11 Millionen Arbeiter zählte man 13 sozialistische Parteien, die oft getrennten Kommunisten nicht mit einbezogen. Daher sei für die Tschechoslowakei eine gemeinsame ungeheures Ereignis. Gen. Vorrint, der holländisch sprach, überbrachte die Grüße der holländischen sozialistischen Jugend, die von der deutschen stark beeinflusst sei. Hamburg und Bielefeld trügen in Holland prächtige Früchte. Lebensfrohe Menschen müßten wir haben, die die Menschheit vorwärts bringen. Ihr jungen Arbeiter der deutschen Republik habt die verstärkte Arbeitszeit und ökonomische und politische Rechte. Ihr müßt diese Rechte verteidigen. Genosse Rhundadze aus Georgien brachte den westeuropäischen Brüdern Grüße. Er betonte, daß die Kommunisten jetzt nur von der Einigung sprechen, um für ihre egoistischen Parteizwecke etwas herauszuschlagen. In Russland, wo sie die Macht haben, unterdrücken sie alle Andersdenkenden. Jugendgenossen unterwirft man im Gefängnis unerhörter Martern, um sie zum Verrat an ihren Kameraden zu treiben. Gen. Herz-Oesterreich bedauerte, daß man das österreichische Jugendproletariat in Deutschland als Ausländer betrachten müsse. Er beleuchtete sodann die innerpolitischen Verhältnisse. Von den Kommunisten hat die österreichische Arbeiterjugend nichts zu fürchten, die mit einer Zahl von 30 000 gerade 1000 Kommunisten gegenübersteht. Nachdem Gen. Wegener im Schlußwort die Aufforderung aussprach, als Menschen hinter den Beschüssen zu stehen, fand nach Ab-singung der Internationale die Kundgebung ihr Ende.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch ziemlich kühl und noch überwiegend bewölkt bei schwachen, nördlich-nordöstlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die neuen Beitragsmarken für Juni zu 150 und 60 M. sind bereits in unserem Bureau zu haben. — Die Kassierer, welche die Marken abholen können, werden sehr darum gebeten. — Alle bis Mittwoch, den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, nicht abgeholtten Marken werden am Donnerstag, den 7. Juni, durch die Post zugestellt. A. A.: Herz Page 15.

1. Abt. Mittwoch abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Ohnegam, Kommandantenstraße 33.
2. Abt. Mittwoch 1/2 5 Uhr Mitgliederversammlung gemeinsam mit der 16. Abteilung Schulhaus Grünstraße 3.
3. Abt. Reichsverband-Bez. Dienstag abend 8 Uhr im Volkshaus, Schrammbergstraße 114. Sitzung des engeren Vorstandes und aller Genossen, welche im Wohnungswesen mitarbeiten. (Mitwirkende: Mitglieder, Wohnungskommission, Stadt- und Bezirksvereine).

Devisenkurse.

	29. Mai		28. Mai	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Wechsel-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Wechsel-) Kurs
1 holländischer Gulden	2354.11	2365.00	24189.87	24310.83
1 argentinische Papier-Peso	21790.12	21202.85	21895.82	21804.88
1 belgischer Franc	8401.47	8418.53	8516.18	8533.82
1 norwegische Krone	9750.56	9799.99	9925.12	9974.88
1 dänische Krone	11041.31	11202.69	11421.87	11478.83
1 schwedische Krone	15880.25	15939.75	16408.82	16491.98
1 finnische Mark	—	—	1700.78	1709.27
1 japanischer Yen	20027.25	20172.75	20725.50	20874.50
1 italienische Lire	2857.89	2872.17	2947.61	2962.80
1 Pfund Sterling	276900.25	278193.75	285788.75	287216.25
1 Dollar	59825.06	60124.94	61681.95	62175.05
1 französischer Franc	3967.55	3987.45	4067.90	4081.70
1 spanischer Mireis	6114.67	6145.33	6234.87	6265.63
1 österr. Franc	10821.87	10877.13	11072.25	11121.75
1 spanische Peseta	9127.12	9172.88	9381.88	9398.44
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	85.73	86.17
1 tschechische Krone	—	—	1837.80	1846.61
1 ungarische Krone	—	—	11.82	11.88
1 bulgarische Bema	—	—	648.87	651.63
1 jugoslawischer Dinar	—	—	689.30	692.61

Gewerkschaftsbewegung

Der grundsätzliche Achtstundentag.

Der Reichsverband der deutschen Industrie, an dessen Spitze die Stinnes, Thyssen, Klotzner, Höpfer, v. Siemens, v. Borfig usw. stehen, hat sich im Interesse der Reparationseinstellungen, der Entlastung des Ruhrreviers und damit der Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft zu großen Opfern aufgeschwungen. Die Industrie will dem Reich einen Teil ihrer Sachwerte verpfänden, damit es die nötigen Anleihen aufnehmen kann. Allein diese Opfer, deren Größe wir augenblicklich noch nicht übersehen, ja noch nicht einmal recht sehen können, werden an gewisse Gegenleistungen des Staates gebunden, die in dem Schreiben, das in der heutigen Morgenausgabe auf der ersten Seite des „Vorwärts“ veröffentlicht ist, aufgeführt sind. Es soll jene Aktivität der Zahlungsbilanz wiedergewonnen werden, die zu einer Stabilisierung der Währung führt. Dem stehen zunächst die Demobilisierungsvorschriften im Wege, die aufgehoben werden müssen, damit der deutsche Arbeiter endlich wieder vogelfrei wird. Er darf dafür wieder wie in den glorreichen Tagen vor dem Kriege den dritten oder fünften Teil seines Arbeitsverdienstes für Wohnungsmiete zahlen. Aber er muß seine Arbeitskraft voll einsetzen für quantitative und qualitative Hebung der Produktion für das Ausland.

Zwar soll der Achtstundentag grundsätzlich bestehen bleiben. Das Unternehmertum will nur Tariffreiheit, um durch Ausparierungen — bei denen es auch nach Einführung der Erwerbslosenversicherung keine Unterstützung gibt — die Tarifverträge mit etwas längerer Arbeitszeit, von 10 und 11 Stunden, je nach der „Notlage“ der Industrie, des Handels und Gewerbes, zu diktiert. Hat die Industrie erst einmal „Tariffreiheit“, wird sie mit dem Plebs schon fertig werden; durch Hunger wird er müde.

Die Gewerkschaften müssen zu dieser Opferbereitschaft der Industrie ungesäumt Stellung nehmen und ein deutsches Wortlein mitreden, solange es noch Zeit ist.

Hilfe in der Not!

Wie die Arbeitnehmer sparen können.

Die Tatsache, daß die deutschen Arbeitnehmer sich bei ihren heutigen Papierlöhnen und -gehältern kaum recht satt essen, geschweige denn die nötigen Anschaffungen machen können, ist nicht nur für sie selber peinlich, sondern in gewisser Beziehung auch für die Unternehmer. Einmal durch die Steigerung der Unzufriedenheit, die sich unter Umständen recht unangenehm bemerkbar macht, weiter aber insofern, als die geschwächte Kaufkraft die Inlandsproduktion an Gegenständen des täglichen Bedarfs und den Handel damit völlig lahmzulegen droht. Nun kommt zur rechten Zeit ein Vorschlag zur Abhilfe, der nicht etwa darauf hinausläuft, die Löhne und Gehälter noch mehr zu erhöhen, weil ja höhere Papierlöhne oder -gehälter den Arbeitnehmern doch nichts nützen — wenn sie sie nicht haben.

Es dreht sich bei diesem Vorschlag, den ein Dr. Frischling in Rammheim am Sonnabend im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, als „Ein neues Verfahren der Wertbeständigkeit — zum Nutzen der Arbeitnehmer“, darum, den Arbeitnehmern zu Anschaffungen Kredit zu verschaffen. Der Verfasser führt das Beispiel einer rheinischen Fabrik an, die das Problem in Angriff genommen und ein Verfahren praktisch eingeführt hat. Ein Fabrikarbeiter mit einem Stundenlohn von etwa 2000 M. muß Betten für seine Kinder anschaffen. Er hat Gelegenheit, welche um 400 000 M. zu bekommen, jedoch kein Geld. Er wünscht von der Firma einen Vorstoß in dieser Höhe, den er in 10 Wochen zurückzahlen, abarbeiten will. Der Arbeitgeber hätte dabei das Risiko, infolge der Geldentwertung bei der Rückerstattung der 400 000 M. viel weniger an Wert zu bekommen, als das was er gegeben hat. Er kann das Verlangen des Arbeiters nicht erfüllen. Doch hat, er sucht einen Ausweg. Er

sagt dem Arbeiter: Der Betrag von 400 000 M. entspricht bei deinem gegenwärtigen Stundenlohn dem Werte von 200 Arbeitsstunden. Du sollst die 400 000 M. haben, darfst sie aber nicht etwa in entwerteter Papiermark zurückzahlen — wie wir Unternehmer unsere Steuern zahlen —, sondern du mußt in den 10 Wochen 200 Arbeitsstunden leisten, für die du mit den 400 000 M. im voraus bezahlt ist. Der Arbeiter freut sich über seinen humanen Unternehmer und der Unternehmer ist zufrieden in dem Bewußtsein, ein gutes Werk getan zu haben, ohne daß es ihm etwas kostet. Ein Stück soziale Gegenwartsfrage ist gelöst.

Dem Arbeiter wird 10 Wochen lang der jeweils tarifliche Wert von 20 Arbeitsstunden am Lohn abgezogen. Tritt eine Geldentwertung ein, so werden die Löhne steigen und damit die Summe der zurückzahlenden Papiermark. Umgekehrt würde es bei einem Nachlassen des Geldes gehen. Es könnte also sein, daß der Arbeiter im ganzen 800 000 oder auch nur 200 000 Papiermark zurückzahlen muß.

Ein anderer Arbeiter berechnet, daß er für den nächsten Winter warme Kleidung beschaffen muß. Die Sachen, die er jetzt noch um etwa 600 000 M. bekommen könnte, kosten dann höchstwahrscheinlich weit mehr. Sparen kann er nicht, da sein Geld immer weniger wert würde. Er trifft nun mit der Firma folgende Abkommen: 30 Wochen lang läßt er bei jedem Zahlung den Wert von 20 Arbeitsstunden stehen. Nach 30 Wochen hat er bei der Firma ein Guthaben im tariflichen Werte von 600 Arbeitsstunden, das dem heutigen Werte von 600 Stunden zu je 2000 M., also dem Werte von 1 200 000 Papiermark entspricht. Die Firma hat nicht nur kein Risiko, sondern noch einen kleinen Zinsgewinn als Ausgleich für ihre zinslosen Vorschüsse.

Mit der Vorschlagswirtschaft darf es nicht zu weit gehen. Der Verfasser erklärt, es sei praktisch, dem um Vorschuß nachsuchenden Arbeiter stets die Frage vorzulegen, ob es nicht besser sei, wenn er zuerst spart und dann einkauft, anstatt umgekehrt. Denn jetzt hat er auf diese Weise Gelegenheit zum nutzbringenden Sparen. Alle die bekannten Klagen sind damit hinfällig geworden. Das Kreditproblem für den kleinen Mann ist gelöst. Der Arbeiter wird zur Selbstständigkeit und Verantwortung erzogen, er wird endlich einmal wieder geschäftsfähig und gewöhnt sich ab, immer nur zu klagen und nach staatlicher und privater Wohlfahrt zu rufen. Er wird wieder in die Lage versetzt, größere Anschaffungen zu machen, ja überhaupt seine Arbeit in brauchbare Werte umzuformen.

Zu diesem Plan habe der Arbeiterrat der Firma, die ihn erprobt, nicht nur seine Zustimmung gegeben, sondern beim Ausbau sogar anregend mitgewirkt.

Kein Zweifel, daß sich außer vielen Arbeitern auch manche Arbeiterräte für diesen genialen Plan begeistern würden, der ein fast wundertätiges Gegenstück zu Seniors letzter Stunde bildet.

Zunehmend bleibt fraglich, ob sich ein aufgeklärter Arbeiter in Schuldnechtschaft begibt, um zu erwerben, was er zum Lebensunterhalt gebraucht. Der Vorschlag enthält keine Silbe davon, welchen Vorteil das Unternehmertum dabei hätte, wenn es in seinen Betrieben Vorschuß- und Sparkassen einrichtet. Allein dieser Vorteil ist dennoch so deutlich herauszulesen, daß ihn der Blinde mit dem Kruckstock fühlt. Das Unternehmertum brauchte sich nicht mehr zu bemühen, den Achtstundentag abzuschaffen. Es könnte dies dann ruhig den armen Teufeln überlassen, die bei ihm mit soundsovielen Arbeitsstunden in der Kreide stehen oder Arbeitsstunden sparen. Völlig der gegenwärtige Lohn nicht ausreicht, deshalb befindet sich die Arbeitnehmerschaft in großer Notlage. Soll sie Arbeitsstunden sparen, können es nur Arbeiter sein. — Damit ist dieser arbeitnehmerfreundliche Plan erledigt. Ob er den Unternehmern gefällt, ist noch recht fraglich. Hoffen sie doch den Achtstundentag ohne solche Umstände direkt zu befeitigen.

Kommunistische Quartreibern.

Am 24. Mai wurde vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte eine Belästigungsklage des Bundesvorsitzenden des Deutschen Bauergewerksbundes Fritz Paepflow gegen den Einschaltler Rudrad verhandelt, zu der nicht weniger als

22 Zeugen erschienen waren. Seit Ende 1922 verbreiteten Anhänger des Chemnitzer Verbandes (sogenannter Verband der Ausgeschlossenen) auf Berliner Bauten die Behauptung, daß ein Schreiben des Deutschen Bauergewerksbundes an die Aktiengesellschaft gelangt wäre, worin gefordert würde, die Angehörigen des Verbandes der Ausgeschlossenen zu entlassen und nicht mehr einzustellen. Diesen Brief sollte der Direktor der Aktiengesellschaft den Arbeitern gezeigt und mit dem Ausdruck der Berachtung zerissen haben. Als Urheber des Briefes wurde anfänglich Thöns und der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, Seidel, genannt. Es gelang zunächst nicht, bestimmte Verbreiter des in immer weiteren Kreisen geglaubten Gerüchtes festzustellen, bis der Einschaltler Rudrad am 6. Januar 1923 auf dem Neubau der Reichshofschuldenverwaltung in der Dranienstraße in der Saubude vor einem großen Personentribunal erklärte: „Meine Herren Kollegen, eine neue Schandtat des Kollegen Paepflow“ und nun die Geschichte von dem Briefe erzählte, als dessen Urheber er Paepflow bezeichnete. Dieser erhob deshalb, vertreten durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Belästigungsklage. Rudrad, dem Rechtsanwalt Dr. Joseph Herzfeld zur Seite stand, bestritt überhaupt, Paepflow genannt zu haben, er hielt aber die Behauptung von der Existenz des Briefes des Deutschen Bauergewerksbundes aufrecht. Die Behauptung des Angeklagten gerade auch mit Beziehung auf Paepflow wurde durch den Zeugen Moos bestätigt, dessen Angaben durch andere unterkräftigt wurden. Die Vernehmung der Direktoren Seidel und Friede ergab, daß die ganze Behauptung völlig unwahr ist und die A.-G. für Bauausführungen nie ein solches Schreiben des Bauergewerksbundes erhalten hat. Eine eigentümliche Rolle spielte der Zeuge Jernid vom Verband der Ausgeschlossenen, Mitglied des Zentralrates der A.-G. für Bauausführungen. Auf sein Betreiben hat Rudrad die betreffende Behauptung aufgestellt. Jernid schilderte zunächst genau, wie in einer Baudeputierleistung Ende 1922 ein gewisser Potent (der zum Thema als Zeuge geladen, aber charakteristischerweise nicht erschienen war), nach der Existenz des Briefes des Bauergewerksbundes gefragt, wie Seidel ihn anfänglich abgelehrt, dann aber Friede ihn zugegeben hätte; ja er behauptete, daß Potent ihm später die Abschrift des Briefes beigebracht hätte. Jernid mußte dann aber zugeben, daß der Brief nicht von dem Bauergewerksbund, sondern von Dr. Wilens, Geschäftsführer des Verbandes der Baugeschäfte, herrührte. Somit war der Ursprung der Verleumdung aufgedeckt, die, obwohl der wahre Sachverhalt dem Zeugen Jernid wohl bekannt war, immer noch verbreitet wurde und sogar in der Verhandlung aufrechterhalten werden sollte.

Jetzt endlich bequeme sich Rudrad zu folgender Erklärung: Nachdem die Beweisaufnahme keine Unterlagen dafür ergeben hat, daß der Deutsche Bauergewerksbund, insbesondere dessen Vorsitzender, der Privatkläger Fritz Paepflow, durch ein Rundschreiben auf die Nichteinstellung bzw. Entlassung von Mitgliedern des Verbandes der Ausgeschlossenen hingewirkt haben, nehme ich die den Gegenstand der Privatklage bildenden Behauptungen vom 6. Januar 1923, soweit sie sich hierauf beziehen, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Der Angeklagte übernahm auch die Gerichtskosten. Rechtsanwalt Heine als Vertreter von Paepflow betonte, daß es seinem Klienten nur an der sachlichen Aufklärung gelegen hätte, und daß es ihm ganz gleichgültig wäre, ob von dieser Seite Schimpfworte über ihn gebraucht würden. Deshalb nehme er die Klage zurück.

Die Angeestellten im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe erzielen in freier Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband für Mai eine 40prozentige Erhöhung des Aprilgehaltes. Die Beträge werden auf volle 500 M. bzw. 1000 M. nach oben abgerundet. Bei dieser Vereinbarung ist die jetzt in Kraft tretende Brutpreiserhöhung noch nicht berücksichtigt, vielmehr bleibt deren Abgeltung den Juni-Verhandlungen vorbehalten, die am 19. Juni stattfinden.

Berichterstatter: für den redakt. Teil: Ernst Reuter, Hn.-Schönberg; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin. Druck: Bornstr.-Nachdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstraße 5.

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 9000 bis 150000 Mark.
Gold, Dublet, Silberbruch kauft zum
Tageskurs Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weißburger Str. 37
Legitimation erforderlich.

Brillanten
Gold-, Silber- (Bruch) Platin,
Zahngelbes, Zahn 500-10000,
Münzen, Dublet, Alpaque,
Blattgold, Kristalle, Quecksilber,
Photoapparate, Feldstecher,
Silberort kauft
Kurt Kehlert
Berlin, Lothringers Straße 34

PIANOS
Kauf
Römhildt, Leipziger Straße 119. Miete

Entzückende Modelle in Damenhüten
einfache und elegante, kaufen
Sie vorteilhaft direkt in
Edkweins Hutfabrik, Invalidenstrasse 35
Ecke Chausseestrasse.
Kein Laden, nur eine Treppe.
Elegante Umkleekabinen.

Restehandlg.
Haarpuder
Goldstr. 7
Herren- u. Damenstoffe,
Selden, Samt,
stimmliche Pastoralartikel
bedeutend unter Preis.
Stellungsangebote
finden im Verzeichnis
besten Beachtung.
Weiglola Haar-Klinik
Königsplatz 14
Hauptstadt, Berlin
U. stark. Haarverlust,
Hauptstadt, Berlin
grüppig, Kopflock usw.
find. man erfolgt. g.
wässern. Hehl. i. m.
Haar-Klinik, Berlin W.
Kottbuscherstr. 14.

Arbeitsnachweisgesetz
mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER Obergerichtspräsident
im Reichsarbeitsministerium
und
W. DONAU Regierungsrat im Reichsamt
für Arbeitsvermittlung
Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur
praktischen Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3,25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2

E. BERNSTEIN
Der
Sozialismus
einfach
und jetzt
Zweite Auflage, vermehrt
durch die Kapitel:
„Der Silbersozialismus“
und
„Das Bleibende im
Marxismus“
Grundzahl
brosch. 2,50, geb. 4.—
× 50 Pfennig
**Buchhandlung
Vorwärts**
EW 68, Lindenstraße 2

**Sonnenbrand
Hautschäden**
verhütet unser
Zeozon-Creme
Glänz. Anerkennung von erst.
Arzt. Autorität. Überall erhältlich.
**Kopp & Joseph, Berlin
W. 50.**

Fahrtvergütung!
Ein guter Rat!!
Kaufen Sie sofort!
Wir bleiben billig!
Riesen-Auswahl
in
Herren-Anzügen
Jünglings-Anzügen
Sommer-Schlüpfern
Gummi-Mänteln
Hosen
Bei Einkauf Fahrtvergütung!
Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG
Wilmerdorfer Straße 133
an der Bismarckstraße.
Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Gebrüder Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngelbes
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngelbes** zahlt unüberbietbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Reste-Haus
C. Pelz
Katharinenstr. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mäntel, Kostüme
Hüte
2% Rabatt!
Bel Einkauf Fahrtvergütung!
Ischias
Hosen
Sportbrockes . . 20 000
gute Verarbeitung
Sommeranzug . . 48 000
Strapazierware
Manchester-
Streifen-
Anzug-
Mäntel-
Arbeits-
Hosen
große
Auswahl
München-Gladbacher Hosenzentrale
Neukölln Berlin
Berliner Str. 18-19 Köpenicker Pl. 10
Ecke Reuterstr. 1 Min. v. Schl. Bh.

Weit unter Tagespreis!
Zähne Mark 8 000
und 10 000
Schriftl. Garantie. Zähne ohne Gamsen. Kulante
Zahlungserleichterung. Keine Luxuspreise. Gold-
kronen v. 10000 M. an. Ersatzkronen 16000 M. Zahn-
ziehen m. Betäubung h. Bestell. v. Gebissen gratis
Katvani, Danziger Str. 1
Ecke Schönhauser Allee, Hochbahnstation
Bei Bestellung Vorzeiger 10 Proz. Rabatt. Bis
letzten über 15 000 Gebisse & voll. Zuhilfenahme geliefert.